

NPD- Wahlwerbung zur Bundestagswahl: »Geld für die Oma statt Sinti & Roma«

Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. – Landesverband Schleswig- Holstein beantwortet NPD- Bundestagswahlwerbung mit eigener Plakataktion

Stiftungen, Vereine, Verbände, schleswig-holsteinische Städte und Kommunen sowie politische Institutionen erklären ihre Solidarität mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. Ein sichtbares Signal des Schulterschlusses ist jetzt ein gemeinsames Plakat, welches noch vor der Bundestagswahl unter anderem im öffentlichen Raum gegen Ausgrenzung und Rassismus aufruft.

»100% Made in Germany – Gegen Ausgrenzung und Rassismus« Das war (und ist) die Botschaft, die der Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Schleswig-Holstein mithilfe von Unterstützern und Förderern in Form einer Plakataktion in Schleswig-

Holstein den Bürgerinnen und Bürgern näherbringen will. »100% Made in Germany«, weil es das ist, was deutsche Sinti und Roma, unter Wahrung ihrer Identität, empfinden. Ein Teil der Gesellschaft zu sein, der hier geboren wurde oder angekommen ist, der hier ausgebildet wurde oder der durch seine Qualifikationen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die volkswirtschaftliche Entwicklung unterstützt, der durch das Einbringen der eigenen Kultur die politische und gesellschaftspolitische Vielfalt in Deutschland mitgestaltet.

»100% Made in Germany«, weil die deutschen Sinti und Roma dieses Land lieben, sich hier zu Hause fühlen und

der Meinung sind, dass es in dieser, unserer Gesellschaft keinen Platz für Rassismus, Ausgrenzung und Fremdenhass geben darf.

Und die Gesellschaft antwortet: Viele Institutionen, Stiftungen, Vereine und Verbände haben sich spontan mit den in Deutschland lebenden Sinti und Roma solidarisch erklärt und die menschenverachtenden Aussagen der NPD auf das Schärfste verurteilt. Auch sämtliche demokratische Parteien haben hierzu klar Position bezogen. Aber auch einzelne Bürgerinnen und Bürger haben sich zu Wort gemeldet: »Ich möchte mich bei allen Sinti und Roma dafür entschuldigen und Sie um Verzeihung bitten. Ich schäme mich!« Zuschriften wie diese machen Mut und zeigen, dass sich die Mehrheitsbevölkerung nicht von rechtsradikaler Propaganda instrumentalisieren lässt.

Als sichtbares Zeichen hat der Landesverband dieses Plakat noch vor der Bundestagswahl in den Straßen verschiedener schleswig-holsteinischer Städte aufhängen lassen. Es war als Aufruf zu verstehen, am 22. September keinen rechtsradikalen Parteien Tür und Tor zu öffnen – und sei es nur dadurch, dass man überhaupt zur Wahl geht. Ein weiteres Plakat, ohne Wahlaufufruf, wird unter anderem an Schulen, kommunale Einrichtungen und Jugendzentren verteilt werden.

Die Finanzierung dieser Aktion ist nur durch die großartige Unterstützung freier Träger, Ministerien und Ämter möglich gewesen. An dieser Stelle möchten wir uns exemplarisch bei der Amadeu Antonio Stiftung, der Günter Grass Stiftung zugunsten des Romavolks, dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus SH, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der AWO - Landesverband Schleswig-Holstein sowie beim Städteverband Schleswig-Holstein bedanken. Und natürlich bei all den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden, die ihre Solidarität bekundet haben, die Plakataktion aktiv unterstützen, aufstehen und gemeinsam dafür sorgen, dass es für Rechtspopulismus und Rechtsradikalität in diesem Land keinen Platz gibt. »100% Made in Germany« eben!

**Verband Deutscher
Sinti und Roma e. V.**

Landesverband Schleswig-Holstein

Landesgeschäftsstelle:

Dorfstraße 11, 24146 Kiel

www.sinti-roma-sh.de

Auszug von den dem Landesverband zugegangenen

Solidaritätsbekundungen

betreffend der NPD-Wahlwerbung zur Bundestagswahl: »Geld für die Oma statt Sinti & Roma«

Im Namen unseres Stiftungsvorstandes erklären wir unsere Solidarität mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma e. V., Landesverband Schleswig-Holstein, dessen Vorsitzender wegen Volksverhetzung und Beleidigung Strafanzeige gegen die NPD gestellt hat. Plakate und Flyer mit rassistischen Aussagen wie „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ richten sich explizit gegen eine Volksgruppe und sollten nicht ungestraft verbreitet werden.

Günter und Ute Grass für den Vorstand Stiftung zugunsten des Romavolks

Sehr geehrter Herr Weiss,

mit großer Empörung haben die Bürgerinnen und Bürger Neumünsters die rassistische, fremdenfeindliche Plakatierung der NPD in unserer Stadt zur Kenntnis genommen. Wir stehen für eine weltoffene, bunte Stadt und lehnen jeden Ansatz von Ausgrenzung entschieden ab. An unserem „Runden Tisch“ arbeiten neben der Spitze der Stadtverwaltung alle Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Bündnisse und einzelne engagierte Bürger für einen friedlichen, verständnisvollen Umgang miteinander. Die Plakatierung der NPD läuft genau diesem Ziel entgegen. In zahlreichen Aktionen haben wir deutlich gemacht, dass wir uns das als mündige Bürger einer offenen Stadt nicht bieten lassen. In diesem Sinne möchten wir Ihnen sagen, dass wir uns mit Ihnen gerade in dieser Situation solidarisch erklären.

Vorsitzender Henning Möbius Runder Tisch für Toleranz und Demokratie Neumünster

Liebe Freunde_innen,

die Jüdische Gemeinde Pinneberg freut sich darüber, dass Ihr gegen die NPD wegen des unsäglichen Plakats Strafanzeige gestellt habt. Wir erklären Euch unsere Solidarität. Es kann nicht sein, dass heute wieder, wie während der Truschlengerer Ziro, mit derartigen



MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DURCH:

JAMABU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESellschaft UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Günter Grass Stiftung
zugunsten des Romavolks

BERATUNGSNETZWERK
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS SH

Städteverband
Schleswig-Holstein

Landeshauptstadt Kiel



Stadt Neumünster

Hansestadt LÜBECK

rendsbürg
Hier kommt die Welt

FLensburg

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“



AWO Arbeitsrat
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

CURA
Kommunikation

EINE AKTION VOM
Verband Deutscher Sinti und Roma e. V.
Landesverband Schleswig-Holstein

Parolen Wahlkampf gemacht wird, oder überhaupt solche Äußerungen ungestraft gemacht werden können. Wir wissen, das in internen Papieren der NPD auch zu Hetze gegen Juden aufgerufen wird, nur bisher trauen sie sich nicht das öffentlich zu machen. Wenn sie Euch angreifen empfinden wir das so, als würden sie uns auch angreifen. Wir stehen fest an Eurer Seite.

Ganz liebe Grüße aus Pinneberg

Wolfgang Seibert
Vorsitzender der
Jüdischen Gemeinde Pinneberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

eben las ich in einem von mir täglich besuchten Blog (SEELENFARBEN.de) von diesem entsetzlichen Wahlplakat der NPD, der Blog-Ersteller hatte auch ein Bild davon eingestellt.

Genau wie die anderen Nutzer des Blogs verurteile ich so etwas auf's Schärfste, eine Welle der Empörung macht sich dort gerade breit und ich möchte mich bei allen Sinti und Roma dafür entschuldigen und Sie um Verzeihung bitten. Ich schäme mich! Ich werde auch prüfen, ob man Anzeige

erstatten kann oder z.B. Unterschriften sammeln und persönlich zum Hamburger Rathaus tragen.

Mit den besten Wünschen, alles Gute und Liebe

Margret Steffens

Das DialogForumNorden begrüßt einhellig die Solidarität der demokratischen Parteien in Schleswig-Holstein und ihrer Landtagsfraktionen, die auf diese Weise den von der Landesverfassung gewährleisteten Schutz für die Sinti und Roma erfüllen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik, dass sich alle gemeinsam vor die Minderheit der Sinti und Roma stellen, indem sie die Hetzkampagne der NPD aufs Schärfste zurückweisen. Im DialogForumNorden (DFN) haben sich die vier Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und im deutsch-dänischen Grenzland sowie mit Minderheitenthemen befasste Institutionen, Organisationen, Politikerinnen und Politiker zusammengeslossen, um sich gegenseitig zu informieren und bei Bedarf gemeinsam Position zu beziehen, soweit Minderheitenangelegenheiten berührt sind. Die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der jeweiligen Einzelorganisation oder Institution bleibt dabei gewahrt. Die Beteiligten wollen auf diese Weise ihre Interessen bündeln und durch Koordination und Kooperation ihre Durchsetzungsfähigkeit steigern.

Renate Schnack

Vorsitzende DialogForumNorden

Das Neumünsteraner Bündnis gegen Rechts unterstützt das Vorhaben des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Schleswig-Holstein e.V. mit einer eigenen Plakataktion gegen die Wahlwerbung der NPD vorzugehen. Weitere Unterstützung erhält der Landesverband von der Landeskoordinationsstelle und dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in SH und dem Städte- und Gemeindetag. „Geld für die Oma statt für Sinti & Roma“ suggeriert einen Zusammenhang zwischen der auch in Deutschland zunehmenden Altersarmut und dem Schutz der Roma und Sinti, den diese Bevölkerungsgruppen in Deutschland genießen. Keine auch noch so nied-

rige Rente würde steigen, wenn alle Asylbewerber, die den Volksgruppen der Sinti und Roma angehören, aus Deutschland ausgewiesen würden. Das riecht nach „Sündenbock“ und stellt rechtlich einen Akt von Volksverhetzung dar, zumal Sinti und Roma seit 2012 als „schutzwürdige Minderheit“ in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung berücksichtigt sind.

Cindy Baginski

Bündnis gegen Rechts Neumünster

Mit Abscheu hat Landtagspräsident Klaus Schlie die Plakatserie der NPD zur Bundestagswahl zur Kenntnis genommen. Schlie sagte am Rande der heutigen (Donnerstag, 22. August) Plenartagung in Kiel: „Wer mit Sprüchen wie ‚Geld für Oma statt für Sinti und Roma‘ oder ‚Maria statt Scharia‘ auf Stimmenfang geht, zeigt umso mehr, dass diese Partei unser Land spalten und Hass säen will. Rassismus und Volksverhetzung haben in unserer Gesellschaft nichts zu suchen“. Schlie, der auch Vorsitzender des Gremiums zu Fragen der Deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein ist, fordert alle Parteien auf, sich entschieden gegen die NPD zu stellen: „Die NPD und alle Neonazis schaden unserer Gesellschaft, die für Toleranz und Offenheit steht“, so Schlie abschließend.

Landtagspräsident Klaus Schlie

Der Landtag Schleswig-Holstein

(PM)

Zur NPD-Wahlwerbung gegen die Minderheit der Sinti und Roma sagt die schleswig-holsteinische Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl von Bündnis 90/Die Grünen, Luise Amtsberg: „Die Parolen der NPD sind unerträglich und führen uns erneut den menschenverachtenden Hass gegen Minderheiten, Asylsuchende oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch die Rechtsextremen vor Augen. Mit Aufklebern, Handzetteln und Plakaten missbrauchen die Nazis die Bundestagswahl, um Hass und Ressentiments gegen Roma und Sinti in Deutschland und Europa zu schüren. Die Minderheit der Sinti und Roma wird in Schleswig-Holstein durch unsere Verfassung geschützt. Unser Land ist geprägt von Vielfalt und einem friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen. Das lassen wir uns von niemandem kaputt machen. Wir stellen uns der NPD entgegen und fordern die BürgerInnen auf, Position zu beziehen und ihre Stimme bei den Bundestagswahlen den demokratischen Parteien zu ge-

ben. Darüber hinaus ist es wichtig, sich klar zu einer solidarischen Asylpolitik in Europa zu bekennen. Die von Bundesinnenminister Friedrich angestoßene „Asylmissbrauchsdebatte“ ist unfair und vermittelt ein vollkommen falsches Bild. Sie ignoriert die Lebenssituation der Roma in Europa, die vielerorts von Verfolgung, Diskriminierung und Rassismus geprägt ist. Es ist unsere historische Verantwortung, die Minderheit der Roma und Sinti in Europa vor Verfolgung und Gewalt zu schützen und ihnen in Deutschland eine sichere Zukunft zu bieten.

Bündnis 90/Die Grünen

Landesverband Schleswig-Holstein

(PM)

Zur Wahlwerbung der NPD, die sich offen rassistisch gegen Sinti und Roma richtet, erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner und die minderheitenpolitische Sprecherin Birte Pauls:

Die NPD missbraucht den Bundestagswahlkampf für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Sie will mit ihren rassistischen Parolen Ressentiments gegen die Minderheit der Sinti und Roma erzeugen, indem sie diese kriminalisiert. Das ist unerträglich und kann nicht hingenommen werden. Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes, tolerantes Land, das seine Minderheiten in der Verfassung schützt. Es ist klar, worauf die Rechtsradikalen abzielen: Sie wollen bei der Mehrheitsbevölkerung Neid und Hass auf Sinti und Roma schüren. Das werden wir nicht zulassen! Wir als Koalition wollen dazu beitragen, dass die demokratische Kultur in diesem Land gestärkt wird. Rassismus darf in einer weltoffenen Gesellschaft, wie wir sie wollen, keinen Platz haben. Für uns gilt: Keine Toleranz für Intoleranz! Gegen Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus! Wir begrüßen es, dass der Landesverband der Sinti und Roma Strafanzeige gegen die NPD-Verantwortlichen gestellt hat. Diese Aktionen der Rechtsextremisten zeigen einmal mehr: Wir brauchen ein NPD-Verbotverfahren, damit den neuen Nazis endlich der Geldhahn abgedreht wird und sie nicht weiter ungehemmt öffentlich für ihre fremdenfeindliche, rassistische, menschenverachtende Politik werben können.

Dr. Ralf Stegner und Birte Pauls

SPD-Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein (PM)

Zur Sinti und Roma-feindlichen Bundestagswahl-Werbung der NPD erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms:

Jetzt reicht's! Ich erwarte, dass die Verantwortlichen für die minderheitenfeindliche Wahlwerbung der NPD („Geld für die Oma statt Sinti und Roma“) schnellstens und vollumfänglich zur Rechenschaft gezogen werden. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der Landesverband der Sinti und Roma jetzt Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Diskriminierung gegen diesen verfassungsfeindlichen braunen Sumpf gestellt hat, der flächendeckend Hass und Hetze sät. Die Sinti und Roma können sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Lars Harms
SSW im Landtag (PM)

Zu den jetzt bekannt gewordenen „Hetzparolen“ der NPD gegen die Sinti und Roma erklärte die minderheiten-

politische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Astrid Damerow heute (22. August 2013) in Kiel:

„Die NPD schürt mit ihrer Wahlkampfhetze gegen die Minderheit von Sinti und Roma Rassenhass und Diskriminierung. Das ist unerträglich. Wir verurteilen die menschenverachtende Werbung der Rechtsradikalen auf das Schärfste“, erklärte die minderheitenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Astrid Damerow.

Der Landtag von Schleswig-Holstein hat vor kurzem den Schutz der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein als weitere Minderheit in die Verfassung aufgenommen. „Voneinander lernen und miteinander handeln ist das Motto für eine friedliche Gesellschaft“, so die Abgeordnete. Die Rechtsradikalen betreiben mit Ihrer Propaganda das Gegenteil. Sie schüren Ängste sowie Vorurteile. Minderheiten werden in schlimmster Weise diskriminiert. „Die CDU begrüßt daher die Klage der Sin-

ti und Roma wegen Volksverhetzung gegen die NPD. Die NPD untermauert durch ihr Handeln einmal mehr ihre antidemokratische Gesinnung,“ so die Abgeordnete Damerow abschließend.

Astrid Damerow
*CDU-Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein (PM)*

Neben den hier veröffentlichten Solidaritätsbekunden liegen dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Schleswig-Holstein noch weitere von Einzelpersonen und Verbänden vor. Die hier aufgeführte Reihenfolge der Solidaritätsbekundungen ist zufällig. Für die Formulierungen sind die jeweiligen VerfasserInnen verantwortlich.

Kommentar: Wie lange noch rassistische Rendite für die NPD?

„Geld für Oma statt für Sinti und Roma“ – ein Schlag in die Magenrupe nicht nur für jede Sinti-Oma, sondern für das ganze Land. Seit dem 14. Jahrhundert leben Tausende Sinti und Sintize in Schleswig-Holstein und sind damit genauso Teil des vielgesichtigen nördlichsten Bundeslandes wie die Friesische Volksgruppe, die Dänische Minderheit oder auch die erst im vergangenen Jahrhundert eingewanderten Menschen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs.

Doch selbst wenn sie es nicht wären – dass die bankrotte NPD ihre letzten vom Staat bezogenen Wahlkampfgelder ausgerechnet in antiziganistische Hetze investiert, ist ein deutliches Warnsignal, dass das NPD-Verbot längst überfällig ist. Alle aktuellen Studien stimmen überein, dass rassistische Einstellungen in der Bevölkerung wieder zunehmen, allen voran der Antiziganismus: Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind antiziganistisch eingestellt. Es darf nicht sein, dass der Staat über die Parteienfinanzierung auch noch die Plakate finanziert, die diesen gesellschaftlich verankerten Rassismus geschickt aufgreifen und in noch mehr Stimmen und damit weitere Staatsgelder umwandeln – eine Art rassistischer Rendite für die NPD.

Die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein haben sich gewehrt gegen diese Hetzkampagne der NPD, alle Fraktionen im Landtag haben sich deutlich zu Wort gemeldet. Zu einem flächendeckenden Verbot der rassistischen NPD-Plakate ist es jedoch nicht gekommen. Nicht einmal auf ein von uns PIRATEN vorgeschlagenes gemeinsames Solidaritätsplakat konnten die anderen Parteien sich einigen – man wollte nicht mit der Linkspartei auf einem Blatt Papier stehen.



Wir PIRATEN haben daraufhin auf markige Worte verzichtet und stattdessen tatkräftige Unterstützung geleistet. Nachdem die Landtagsabgeordneten Wolfgang Dudda und Angelika Beer in Neumünster ein NPD-Plakat eigenhändig entfernt und bei der Polizeidienststelle als Beweismittel für den umgehend gestellten Strafantrag wegen Volksverhetzung eingereicht hatten, halfen sie auch dabei, das rasch entworfene Gegen-Plakat der Sinti und Roma Schleswig-Holstein zu hängen. Rund um die Flüchtlingsunterkunft in Neumünster und an vielen anderen Orten in Schleswig-Holstein, an denen vorher die NPD-Plakate gehangen hatten, befinden sich nun Roma-Plakate: „Gegen Rassismus und Ausgrenzung“.

Damit ist die Provokation der Nazis deutlich auf Grund gelaufen. Hoffen wir, dass sich dies auch bei den Wahlen am kommenden Sonntag zeigt und die NPD dort keine neuen staatlichen Mittel für ihre rassistische Hetze sammeln kann. Bis zur nächsten Wahl in Schleswig-Holstein ist sie dann hoffentlich verboten.

Angelika Beer (MdB) und Johannes M. Wagner